

Wolfgang Merkel

Unter Mitarbeit von Aurel Croissant (Ostasien)
und Peter Thiery (Lateinamerika und redaktionelle Bearbeitung)

Demokratisierung im Area-Vergleich. Lateinamerika, Ostasien und Osteuropa

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Vorwort

Die regionenübergreifende Demokratisierung vieler autoritärer Regime ist eines der zentralen Merkmale des letzten Jahrhunderts. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit werden die meisten Staaten demokratisch regiert. Der Studienbrief 34607 „Demokratisierung im Area-Vergleich“ analysiert die seit den späten siebziger Jahren einsetzenden Demokratisierungen der so genannten „Dritten Welle“ in drei Weltregionen: Lateinamerika, Ostasien und Osteuropa. An ausgewählten Länderbeispielen werden die Phasen von der Auflösung der autoritären Regime über die Institutionalisierung bis hin zur meist problematischen Konsolidierung der jungen Demokratien vergleichend untersucht.

Der Studienbrief greift Analysen des alten Studienbriefes 04663 „Systemtransformation“ auf. Diese werden aktualisiert und in der regionalen Reichweite substantiell erweitert. Lediglich die Demokratisierungsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent werden ausgespart, da diese bereits im Studienbrief 04683 „Das nachkoloniale Afrika“ behandelt werden. Mit diesem zusammen liegen nun im Modul 2.2 des MA-Studiengang Governance umfangreiche Studien zu den vielfältigen Demokratisierungsprozessen vor. Zum besseren Verständnis werden die grundlegenden Begriffe und Kategorien sowie die theoretischen Ansätze im ersten Kapitel vorgestellt. Wer diesen Bereich vertiefen möchte, kann zur aktuell überarbeiteten Version des Studienbriefes Systemtransformation greifen. Konzepte der Demokratisierung und die reichhaltigen empirischen Befunde im interregionalen Vergleich bieten eine umfassende Basis, um sich mit der Thematik vertiefend zu beschäftigen, die zu studienabschließenden Arbeiten genutzt werden können. Gründe des Wandels, die Stagnation der Demokratisierung, die Qualität der Demokratie sind hierbei ebenso zentrale Fragen wie diejenigen zur Stabilität und Dynamik junger Demokratien und die Möglichkeit solche Prozesse politisch zu steuern. Speziell unter dieser letzten Fragestellung steht der Studienbrief in der grundlegenden Ausrichtung des Masterstudiengangs Governance.

Für die Aktualisierung und Erweiterung des Studienbriefes ist vor allem Wolfgang Merkel zu danken, unter dessen Federführung in den letzten Jahren wegweisende Studien zu defekten Demokratie entstanden sind (Merkel, Wolfgang et al.: Defekte Demokratien, Wiesbaden 2006). Dank gebührt gleichfalls Peter Thiery, der die Aufgabe übernommen hat, den Text redaktionell zu bearbeiten.

Hagen, im Juli 2007

Hans-Joachim Lauth

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS.....	4
ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS.....	8
EINLEITUNG.....	10
I. DEMOKRATIE UND DEMOKRATISCHE KONSOLIDIERUNG: KONZEPTE UND THEORIEANSÄTZE.....	14
1 DEMOKRATIEBEGRIFF.....	15
2 TRANSFORMATIONSTHEORIEN.....	20
2.1 SYSTEM- UND MODERNISIERUNGSTHEORIEN.....	20
2.2 STRUKTURTHEORIEN.....	23
2.3 KULTURTHEORIEN.....	25
2.4 AKTEURSTHEORIEN.....	26
3 TRANSFORMATIONSPHASEN.....	29
3.1 ENDE DES AUTOKRATISCHEN SYSTEMS.....	29
3.2 DEMOKRATISIERUNG.....	31
3.3 KONSOLIDIERUNG.....	32
II. DIE DRITTE DEMOKRATISIERUNGSWELLE: SÜDEUROPA.....	35
1 DIE TYPEN DER AUTORITÄREN REGIME.....	37
1.1 PORTUGAL: DER KORPORATISTISCHE ESTADO NOVO.....	37
1.2 GRIECHENLAND: DAS „NICHTHIERARCHISCHE“ MILITÄRREGIME.....	39
1.3 SPANIEN: DAS INSTITUTIONALISIERTE FÜHRERREGIME FRANCOS.....	40
2 DIE REGIMEÜBERGÄNGE.....	42
2.1 PORTUGAL: MILITÄRPUTSCH UND RUPTURA.....	43
2.2 GRIECHENLAND: KOLLAPS DURCH MILITÄRISCHE NIEDERLAGE.....	44
2.3 SPANIEN: DIE VON OBEN GELENKTE REFORMA PACTADA.....	46
3 DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER DEMOKRATIEN.....	48
3.1 PORTUGAL: DER LANGE INSTITUTIONALISIERUNGSPROZESS.....	48
3.2 GRIECHENLAND: DER KURZE INSTITUTIONALISIERUNGSPROZESS.....	50
3.3 SPANIEN: DER AUSGEHANDELTE INSTITUTIONALISIERUNGSPROZESS.....	52
4 DIE ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER DEMOKRATIEN.....	56
4.1 DIE KONSTITUTIONELLE KONSOLIDIERUNG: REGIERUNGSSYSTEME.....	56
4.2 DIE REPRÄSENTATIVE KONSOLIDIERUNG: PARTEIENSYSTEME UND VERBÄNDE.....	60
4.3 DIE INTEGRATION DER VETOAKTEURE.....	66
4.4 DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT UND BÜRGERGESELLSCHAFT.....	69

III.	DIE DRITTE DEMOKRATISIERUNGSWELLE: LATEINAMERIKA	75
1	TYPEN AUTORITÄRER REGIME.....	77
1.1	ARGENTINIEN: DIE REFORMUNFÄHIGE BÜROKRATISCHE MILITÄRDIKTATUR (1976-1983).....	77
1.2	CHILE: DIE MODERNISIERENDE BÜROKRATISCHE MILITÄRDIKTATUR (1973-1990).....	78
1.3	PERU: DIE SOZIALREFORMERISCHE MILITÄRDIKTATUR (1968-1980).....	79
1.4	VENEZUELA: DAS ANACHRONISTISCHE MILITÄRREGIME (1948-1958).....	81
1.5	NICARAGUA: DIE SULTANISTISCHE SOMOZA-DIKTATUR.....	81
1.6	MEXIKO: DAS INSTITUTIONALISIERTE EINPARTEIENREGIME (1917-1997).....	82
2	REGIMEÜBERGÄNGE	84
2.1	ARGENTINIEN: DER KOLLAPS DER MILITÄRDIKTATUR (1982/83).....	85
2.2	CHILE: DIE GELENKTE TRANSITION (1988-1990).....	86
2.3	PERU: DRUCK VON UNTEN, LENKUNG UND VERHANDLUNG (1978-1980).....	87
2.4	VENEZUELA 1958: BRUCH MIT DEM MILITÄRISCHEN <i>CAUDILLISMO</i>	88
2.5	NICARAGUA: DIE „SANDINISTISCHE“ TRANSITION (1979-1990).....	89
2.6	MEXIKO: DIE STARK VERZÖGERTE TRANSITION.....	90
3	INSTITUTIONALISIERUNG.....	92
3.1	ARGENTINIEN: WIEDERHERSTELLUNG DES PRÄSIDENTIALISMUS.....	93
3.2	CHILE: MODIFIKATION UND KORREKTUR DER AUTORITÄREN VERFASSUNG.....	94
3.3	PERU: DIE PREKÄRE INSTITUTIONALISIERUNG.....	96
3.4	VENEZUELA: DIE GELUNGENE INSTITUTIONALISIERUNG DURCH ELITENPAKTE.....	97
3.5	NICARAGUA: DIE UMKÄMPFTE INSTITUTIONALISIERUNG.....	98
3.6	MEXIKO: INKREMENTALE INSTITUTIONALISIERUNG DURCH REFORMEN.....	99
4	KONSOLIDIERUNGSPROBLEME DEFEKTER DEMOKRATIEN.....	100
4.1	ARGENTINIEN: KONSOLIDIERUNGSPROBLEME EINER DELEGATIVEN DEMOKRATIE....	103
4.2	CHILE: DIE FORTSCHREITENDE KONSOLIDIERUNG.....	106
4.3	PERU: AUFSTIEG UND ZERFALL EINER DEFEKTEN DEMOKRATIE.....	109
4.4	VENEZUELA: DE-KONSOLIDIERUNG EINER „VORZEIGEDEMOKRATIE“.....	112
4.5	NICARAGUA: DIE SCHWIERIGE STABILISIERUNG EINER ILLIBERALEN DEMOKRATIE...	117
4.6	MEXIKO: ILLIBERALE DEMOKRATIE UND REFORMBLOCKADEN.....	120
5	FAZIT UND AUSBLICK.....	125
IV.	DEMOKRATISIERUNG IN OST- UND SÜDOSTASIEN	132
1	TYPEN AUTORITÄRER REGIME.....	134
1.1	PHILIPPINEN: DAS SULTANISTISCHE MARCOS-REGIME.....	134
1.2	SÜDKOREA: DAS BÜROKRATISCH-MILITÄRISCHE REGIME.....	135
1.3	TAIWAN: DAS EINPARTEIENREGIME DER KUOMINTANG.....	136
1.4	THAILAND: DAS BÜROKRATISCH-MILITÄRISCHE REGIME.....	138
1.5	INDONESIEN: ZWISCHEN BÜROKRATISCH-MILITÄRISCHER HERRSCHAFT UND SULTANISMUS.....	138

2	REGIMEÜBERGÄNGE.....	141
2.1	PHILIPPINEN: REGIMEKOLLAPS UND DEMOKRATISIERUNG „VON UNTEN“	141
2.2	SÜDKOREA: AUSGEHANDELTEN REGIMEWECHEL	143
2.3	TAIWAN: VON OBEN GELENKTER SYSTEMWECHSEL	145
2.4	THAILAND: VON OBEN EINGELEITETER REGIMEWECHEL.....	147
2.5	INDONESIEN: „VON UNTEN“ ERZWUNGENE UND „VON OBEN“ EINGELEITETE DEMOKRATISIERUNG	149
2.6	FAZIT.....	151
3	DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER DEMOKRATIEN.....	152
3.1	PHILIPPINEN: WIEDERHERSTELLUNG DES PRÄSIDENTIELLEN REGIERUNGSSYSTEMS..	153
3.2	SÜDKOREA: PRÄSIDENTIELL-PARLAMENTARISCHES SYSTEM UND DIE LOGIK DER MACHTTEILUNG	154
3.3	TAIWAN: DER LANGSAME INSTITUTIONALISIERUNGSPROZESS DER DEMOKRATIE	156
3.4	THAILAND: WIEDERHERSTELLUNG DES PARLAMENTARISCHEN	158
3.5	INDONESIEN: REFORM DES PARLAMENTARISCHEN REGIERUNGSSYSTEMS.....	160
3.6	ZUSAMMENFASSUNG	162
4	DIE KONSOLIDIERUNG DER DEMOKRATIEN	164
4.1	PHILIPPINEN: DIE BLOCKIERTE KONSOLIDIERUNG	164
4.2	SÜDKOREA: DIE VERZÖGERTE KONSOLIDIERUNG	167
4.3	TAIWAN: DIE FORTGESCHRITTENE KONSOLIDIERUNG.....	169
4.4	THAILAND: DIE STOCKENDE KONSOLIDIERUNG.....	173
4.5	INDONESIEN: DIE SCHWIERIGE KONSOLIDIERUNG.....	176
5	FAZIT: DIE KONSOLIDIERUNG IM VERGLEICH	179
5.1	INSTITUTIONELLE KONSOLIDIERUNG.....	179
5.2	REPRÄSENTATIONSEBENE.....	182
5.3	EBENE DER VERHALTENSKONSOLIDIERUNG	186
5.4	EBENE DER STAATSBÜRGERKULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT	187
6	GIBT ES EINE „ASIATISCHE FORM“ DER DEMOKRATIE?	189
V.	DIE DRITTE DEMOKRATISIERUNGSWELLE: OSTEUROPA	195
1	DIE BESONDERE TRANSFORMATIONSPROBLEMATIK IN OSTEUROPA	195
1.1	PROBLEME DER (NATIONAL-)STAATSBILDUNG	196
1.2	PROBLEME DER DEMOKRATISIERUNG.....	199
1.3	PROBLEME DES WIRTSCHAFTSUMBAUS.....	200
	ÜBUNGSAUFGABEN (KAP. V.1.).....	208
2	TRANSFORMATIONSPFADE: VOM KOMMUNISTISCHEN REGIME ZUR DEMOKRATIE.....	209
2.1	VON OBEN KONTROLLIERTER SYSTEMWECHSEL: DER BALKAN	211
2.2	DER AUSGEHANDELTE SYSTEMWECHSEL: POLEN.....	217

2.3	REGIMEKOLLAPS: DIE TSCHECHOSLOWAKEI	220
2.4	REGIMEKOLLAPS UND STAATSENDE: DER SONDERFALL DDR	222
2.5	NEUGRÜNDUNG VON STAATEN: DIE BALTISCHEN DEMOKRATIEN	231
3	DIE INSTITUTIONALISIERUNG DER DEMOKRATIE	238
3.1	TYPEN DEMOKRATISCHER REGIERUNGSSYSTEME IN OSTEUROPA	238
3.1.1	<i>Parlamentarische Regierungssysteme: das Beispiel Ungarns</i>	240
3.1.2	<i>Parlamentarisch-präsidentielle Regierungssysteme: das Beispiel Polens</i>	242
3.1.3	<i>Präsidentiell-parlamentarische Mischsysteme: das Beispiel Russlands</i>	245
3.1.4	<i>Präsidentielle Regierungssysteme: das Beispiel Belarus</i>	250
3.2	DIE GENESE DER DEMOKRATISCHEN REGIERUNGSSYSTEME	255
3.2.1	<i>Die historisch-konstitutionelle Erklärung</i>	255
3.2.2	<i>Die Import-Erklärung</i>	257
3.2.3	<i>Die prozess- und akteursorientierte Erklärung</i>	258
4	DEMOKRATISCHE KONSOLIDIERUNG, STAGNATION UND SCHEITERN: UNGARN, POLEN, RUSSLAND UND BELARUS	266
4.1	KONSTITUTIONELLE KONSOLIDIERUNG: DIE REGIERUNGSSYSTEME	268
4.2	DIE REPRÄSENTATIVE KONSOLIDIERUNG: PARTEIENSYSTEME UND VERBÄNDE	272
4.2.1	<i>Parteiensysteme</i>	272
4.2.2	<i>Verbände in den industriellen Beziehungen</i>	280
4.3	DIE VERHALTENSKONSOLIDIERUNG DER VETOAKTEURE	291
4.4	KONSOLIDIERUNG DER BÜRGERGESELLSCHAFT	293
VI.	SCHLUSSBETRACHTUNG	300
1	DAS ENDE DER DRITTEN WELLE	300
2	DIE STEUERUNG POLITISCHER TRANSFORMATION	308
	LITERATUR	313

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:	Embedded democracy	17
Abbildung 2:	„Elektorale“ Demokratien von 1800 bis 2004	37
Abbildung 3:	Demokratieniveaus in Lateinamerika (2003-2005)	102
Abbildung 4:	Die Kluft zwischen „Polyarchie“ und Rechtsstaat	103
Abbildung 5:	Ost- und Südostasien: Demokratiequalität und Öffnungsgrad der Autokratien	133
Abbildung 6:	Ost- und Südostasien: Lücke Polyarchie – Rechtsstaat	181
Abbildung 7:	Der Zusammenbruch des posttotalitären Systems der DDR	230
Abbildung 9:	Demokratiequalität in Osteuropa	267
Abbildung 10:	Elektorale Demokratien 1974 und 1986 – 2006	302
Abbildung 11:	Leistungsprofil der Demokratien	303
Abbildung 12:	Politische Transformation im regionalen Vergleich	304
Tabelle 1:	Typen defekter Demokratien	19
Tabelle 2:	Institutioneller Charakter der autoritären Regime in Südeuropa und ihre Ablösung	48
Tabelle 3:	Die Institutionalisierung der Demokratie in Südeuropa	55
Tabelle 4:	Typus und Amtsdauer der Regierungen in Spanien 1977-2004	56
Tabelle 5:	Typ und Amtsdauer der Regierungen in Griechenland 1974-2003	58
Tabelle 6:	Typus und Amtsdauer der Regierungen in Portugal 1976-2005	59
Tabelle 7:	Legitimität und wahrgenommene Effizienz der Demokratien in Südeuropa (Angaben aller Befragten in %)	70
Tabelle 8:	Präferenz für Demokratie gegenüber Autokratie (diffuse Legitimität) 1992 (Angaben in %)	70
Tabelle 9:	Beurteilung der eigenen autoritären Regime in Griechenland, Spanien und Portugal (1985)	71
Tabelle 10:	Unterstützung für die Demokratie in Griechenland, Spanien und Portugal (1985)	72
Tabelle 11:	Durchschnittliche Sympathiewerte für politische Institutionen und Organisationen (1985)	72
Tabelle 12:	Demokratien und Autokratien in Lateinamerika (1. 1.2005)	75
Tabelle 13:	Regimeübergänge in Lateinamerika	84
Tabelle 14:	Verfassungen im Transitionsprozess	93
Tabelle 15:	Regimetypen in Lateinamerika/Karibik (2005)	101
Tabelle 16:	Stimmenanteil von Parteien und Unabhängigen 1978-1995 (in %)	111
Tabelle 17:	Präsidenten Venezuelas 1958-2005 und BIP/capita	113
Tabelle 18:	Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform (in % der Wahlberechtigten)	116
Tabelle 19:	Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform (in %)	120
Tabelle 20:	Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 2. Juli 2006	121
Tabelle 21:	Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1991-2003 (in %)	123

Tabelle 22:	Autokratien, defekte und liberale Demokratien der „dritten Welle“ in Lateinamerika	127
Tabelle 23:	Demokratien und Autokratien im pazifischen Asien (2005) ^a	132
Tabelle 24:	Sozioökonomische Rahmenbedingungen demokratischer Transformation in Ost- und Südostasien	134
Tabelle 25:	Die Institutionalisierung der Demokratie in Ost- und Südostasien	163
Tabelle 26:	Ökonomische Rahmenbedingungen demokratischer Konsolidierung	180
Tabelle 27:	Volatilität, Fragmentierung und effektive Zahl der Parteien	183
Tabelle 28:	Zustimmung zu Demokratie und Autoritarismus (2002/03)	188
Tabelle 29:	Makroökonomische Fundamentaldaten für Osteuropa	202
Tabelle 29:	(Forts.)	203
Tabelle 30:	Typologie der Regierungssysteme in Osteuropa und Zentralasien	239
Tabelle 31:	Die Ergebnisse der Wahlen zur Staatsduma seit 1993 (in %)	277
Tabelle 32:	Verbandskonfigurationen in den industriellen Beziehungen	280
Tabelle 33:	Ausländische Direktinvestitionen von 1990-2001	292
Tabelle 34:	Demokratie-Autokratie-Index: Anteil der Demokraten und Autokraten	295
Tabelle 35:	Vertrauen in staatliche Institutionen und gesellschaftliche Organisationen	296
Tabelle 36:	Zahl der „elektoralen Demokratien“ (1974, 1986, 1990-2006)	301

Einleitung

Betrachtet man das 20. Jahrhundert unter dem Blickwinkel des Übergangs von autoritären zu liberaldemokratischen politischen Systemen, lassen sich drei große Wellen erkennen. Eine erste lange Welle, die ihre Wurzeln in der französischen und amerikanischen Revolution hatte und sich langsam verstärkend über das gesamte 19. Jahrhundert hinzog, erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Zu Beginn der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts war in rund 30 Ländern mit den allgemeinen, gleichen und freien Wahlen das prozedurale Minimum (Dahl 1971) demokratischer Systeme installiert, wie Samuel Huntington errechnet hat (Huntington 1991: 17). Mit Mussolinis Marsch auf Rom im Jahre 1922 wurde der erste lange Demokratisierungstrend der europäischen und amerikanischen Geschichte durch eine „autoritäre Gegenwelle“ gebrochen. Sie ließ in Europa und Lateinamerika eine Reihe faschistischer, autoritär-korporatistischer, populistischer oder militärisch-diktatorischer Regime entstehen.

Wie 1918 war es erneut das Ende eines Weltkrieges, das nun nach 1945 in einer *zweiten* Welle einen kurzen Demokratisierungsschub auslöste. Unter der Aufsicht der alliierten Siegermächte wurde die Demokratisierung der politischen Systeme in Westdeutschland, Österreich, Italien und Japan dekretiert und eingeleitet. In Lateinamerika traten sechs Länder in eine kurze Phase demokratischen Wandels ein, bevor dieser zu Beginn der 1950er und 1960er Jahre – wiederum in einer Gegenwelle – von Militärdiktaturen weggespült wurde.

Die *dritte* Demokratisierungswelle begann 1974 paradoxerweise mit einem Militärputsch in Portugal, erfasste noch im selben Jahr Griechenland und kurz darauf Spanien (1975). Sie setzte sich zu Beginn der 1980er Jahre in Lateinamerika fort, als viele der Militärregime zusammenbrachen oder reformbereite Militärs die Liberalisierung und Demokratisierung ihrer Länder einleiteten. Gleichsam der Mechanik eines „regionalen Dominoeffekts“ folgend, ergriff die anhaltende dritte Demokratisierungswelle auch Ostasien. Das Einparteienregime Taiwans begann sich zu wandeln, der sultanistisch regierende Diktator Marcos wurde auf den Philippinen gestürzt und die Militärs in Südkorea und Thailand zogen sich wieder in die Kasernen zurück. Alle vier Länder machten sich auf den beschwerlichen Pfad der Demokratisierung. Ihren Kulminationspunkt fand „the third wave“ (Huntington 1991) aber zweifellos in dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa. Spätestens mit diesem Epochenbruch der Jahre 1989-1991 ist die Transformation autoritärer und totalitärer politischer Systeme nicht nur zum beherrschenden Problem auf der politischen Agenda vieler Transformationsländer geworden, sondern avancierte auch zu einem der beherrschenden Themen im Bereich der ökonomischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung. Aber noch vor der Ökonomie und der Soziologie ist es vor allem die Politische Wissenschaft, die sich herausgefordert fühlen muss, Ursachen und Verläufe der politischen Systemwechsel herauszuarbeiten und die Konsolidierungschancen und Konsolidierungsprobleme der entstehenden jungen Demokratien zu analysieren. Dies gilt auch für das Scheitern von Systemwechseln oder die auffallende Resistenz ganzer Regionen, wie den arabisch-islamischen Ländern, gegenüber den weltweiten Demokratisierungstendenzen.

Der Studienbrief ist in sechs Kapitel gegliedert. Das erste, einführende Kapitel beschäftigt sich mit den grundlegenden Begriffen, Konzepten und „Theorien“ der Transformationsforschung. Darin erfolgt zunächst eine knappe Erläuterung und

Abgrenzung des hier zugrunde gelegten Demokratiebegriffs. Ein zweiter Schritt gilt der notgedrungen kursorischen Behandlung relevanter Theoriestränge. Politische Regime und Systeme kollabieren und entstehen nicht, ohne dass politische Akteure handeln. Welche Bedeutung in solchen Transformationsprozessen den „Strukturen“ oder aber den jeweiligen „Akteuren“ zugeschrieben werden kann, lässt sich ohne theoretische Reflexion nicht erfassen. Ein Überblick über die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Theorieangebote soll zeigen, dass Transformationsanalysen schon lange nicht mehr zur bloßen Deskription verurteilt sind, sondern theoretisch anspruchsvoll analysiert werden können. Danach wird die Frage behandelt, in welchen Etappen „sich“ politische Systeme hin zur Demokratie transformieren, welche besonderen Probleme sich in den einzelnen Phasen ergeben und welche politischen Akteure aus welchen Gründen in der einen Phase eine einflussreiche Rolle spielen können, in der darauf folgenden Phase jedoch dramatisch an Bedeutung verlieren. Relevanz und Einfluss der jeweiligen politischen Akteure hängen nicht zuletzt von deren Strategien und den durch diese beeinflussten Ablauf eines Systemwechsels ab. Von besonderer Bedeutung sind dabei die jeweiligen konkreten Interaktionsformen zwischen den Eliten und Massen. Auch die Kontextangemessenheit des politischen Handelns spielt eine wichtige Rolle für die Nachhaltigkeit von Demokratisierungsprozessen.

In den folgenden vier Kapiteln werden auf Grundlage der dargelegten begrifflichen und theoretischen Konzepte die besonderen Verläufe, Probleme, Erfolge und Misserfolge der „dritten Demokratisierungswelle“ seit 1974 in drei Weltregionen analysiert: Europa, Lateinamerika und Asien. Wir starten mit der Analyse jener drei Länder, die den Auftakt der Dritten Welle der Demokratisierung bildeten, nämlich Portugal, Griechenland und Spanien. Hier sollen vor allem die Gründe herausgearbeitet werden, die zum Zusammenbruch der letzten westeuropäischen Diktaturen und zu einer unerwartet raschen und erfolgreichen demokratischen Transformation geführt haben. Diese drei Länder waren es auch, die die Anfänge der neueren Systemwechselforschung stark prägten, da sie als Erfolgsfälle die Folie für die Analyse der nachfolgenden Transitionen abgaben. Dies führte fast zwangsläufig auch zu Diskussionen darüber, ob die zugrunde liegenden Konzepte nicht etwa „westlich“ dominiert waren oder eurozentristischen Charakter trugen. Wir werden im Verlauf der weiteren Analysen kursorisch darauf zurückkommen.

Wenig problematisch schien dies für die Region zu sein, die im dritten Kapitel analysiert wird: Lateinamerika. Zwar gab es im Stichjahr 1977 nur drei Länder, die als Demokratie bezeichnet werden konnten: zweifelsfrei Costa Rica, mit Abstrichen schon Venezuela und Kolumbien. Doch Lateinamerika war schon seit dem 19. Jahrhundert der Kontinent, der auch demokratische Episoden kannte, und mit Uruguay und Chile sogar sehr erfolgreiche. Nicht von ungefähr inspirierten die politischen Entwicklungen seit den frühen 60er Jahren das vorhergehende Paradigma der ‚alten‘ Systemwechselforschung, nämlich den Zusammenbruch demokratischer Regime.¹ Dreißig Jahre später ist der Beobachter mit widersprüchlichen Phänomenen konfrontiert. Zum einen existiert auf dem amerikanischen Kontinent nur noch eine offene Autokratie: Kuba. Zum anderen haben 30 Jahre der Re-Demokratisierung nicht zu durchweg stabilen Demokratien geführt. Vielmehr zeigen sich Tendenzen zur klandestinen bis offenen Autokratisierung, die sich in einigen Ländern im Zuge der wirtschaftlichen Erholung verstärkt haben.

¹ Prägend zum *Breakdown of Democratic Regimes* Linz/Stepan (1978).

Vor allem die Andenländer – Venezuela, Bolivien, Ecuador und Peru – stellen auch die Konzeptualisierung von Demokratie auf die Probe.

Im vierten Kapitel wenden wir uns mit Ost- und Südostasien einer Region zu, die – abgesehen von der islamisch geprägten Region Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika – nicht gerade als demokratiefreundlich angesehen wurde. So konnte Japan, bis weit in die 60er Jahre die einzige Demokratie in Ost- und Südostasien, noch als Sonderfall gelten, da es seit der Niederlage im 2. Weltkrieg stark extern dominiert war. Dennoch haben hier Demokratisierungen stattgefunden, die im interregionalen Vergleich als sehr dauerhaft einzuschätzen sind. Sieht man von den kleinen Inselstaaten im Pazifik ab, ist gegenwärtig etwa die Hälfte der asiatischen Staaten als Demokratien zu bezeichnen, darunter mit Indien auch die bevölkerungsreichste; und die andere Hälfte als Autokratien, darunter mit der Atommacht China ebenso die bevölkerungsreichste. Als „Kontinent der Zukunft“ wird gewiss viel davon abhängen, inwieweit Demokratie in Asien – und dies vor allem in China – weiter Fuß fassen kann.

Im fünften Kapitel kehren wir nach Europa zurück, und zwar in das Osteuropa des post-sowjetischen Imperiums. Als historischer Nachzügler – nicht wenige sprechen aufgrund der historischen Besonderheit von der ‚vierten‘ Welle der Demokratisierung – überraschte die Entwicklung seit 1989 nicht nur Politiker, sondern gleichermaßen auch die Politikwissenschaft. Die Transformationsprozesse in Osteuropa werden zwar in der herrschenden Meinung der internationalen Transformationsforschung (Huntington 1991; Przeworski 1991; Merkel 1994; Linz/Stepan 1996; Diamond et al. 1997)) der dritten Demokratisierungswelle zugerechnet, aber die Besonderheit der Systemwechsel von geschlossenen kommunistischen Diktaturen zu meist offenen demokratischen Systemen rechtfertigt die Behandlung in einem ausführlicheren Kapitel.² Deshalb wird nach einer Ursachenanalyse des Zusammenbruchs der kommunistischen Systeme vor allem die aus dem Charakter der vorangegangenen autoritären bzw. totalitären Systeme resultierende besondere „Transformationsproblematik“ in Osteuropa herausgearbeitet. Danach folgt eine differenzierende Analyse der unterschiedlichen Transformationspfade und der jeweiligen institutionellen Formen der neuen „Demokratien“. Das übergreifende Erklärungsziel dieses Kapitels ist es, aus der jeweils spezifischen Erblast, dem eingeschlagenen Transformationspfad, der Kontext angemessenen oder unangemessenen Institutionalisierung der Demokratie und den sozioökonomischen Einflussfaktoren den Erfolg oder das Scheitern von Demokratisierungsprozessen zu erklären. Sieht man von Russland (defekte Demokratie) und Belarus (autoritäres Regime) ab, haben sich die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa entgegen aller Theorie überraschend schnell konsolidiert. Auch dies gilt es zu erklären.

Das Schlusskapitel schließlich widmet sich kondensiert zwei Fragestellungen: (1) Wie ist der Status quo der Demokratie nach drei Jahrzehnten ‚Transition‘ einzuschätzen, oder anders gewandt: Ist die Dritte Welle der Demokratisierung zu ihrem Ende gekommen? (2) Wie ist es um die Frage einer proaktiven Steuerung politischer Transformation bestellt? Ist interne und externe Demokratieförderung

² Einige Autoren sprechen mit guten systematischen Einwänden gar von einer eigenen, einer vierten Demokratisierungswelle (Beyme 1994; Offe 1994; Bunce 2003). Allerdings hat sich diese Bezeichnung in der herrschenden Meinung der Transformationsforschung gegen Huntingtons (1991) frühe Begriffsbildung nicht durchsetzen können.

im Sinne einer gezielten Steuerung möglich oder gar die Regel? Oder muss man bescheidener davon ausgehen, dass auch Faktoren eine Rolle spielen, die für interne wie externe Akteure nicht unmittelbar gestaltbar sind und deshalb vor allem ‚windows of opportunity‘ klug genutzt werden müssen?

Der vorliegende Studienbrief zur „Systemtransformation“ soll somit einführen in:

- die begrifflichen und theoretischen Grundlagen der Transformationsforschung,
- die Periodisierung und die Verlaufsformen von Systemtransformationen,
- die empirische Untersuchung von Transformationsregimen,
- die exemplarische Analyse ausgewählter Transformationsländer,
- die Ursachen erfolgreicher und scheiternder Demokratisierungsprozesse sowie
- die Deformierungsrisiken junger Demokratien zu hybriden Regimen.

Wolfgang Merkel

Unter Mitarbeit von Aurel Croissant (Ostasien) und Peter Thiery (Lateinamerika und redaktionelle Bearbeitung)

I. Demokratie und demokratische Konsolidierung: Konzepte und Theorieansätze

Drei „Wellen“ der Demokratisierung

Das 20. Jahrhundert war nicht nur das Jahrhundert der Weltkriege und Massenvernichtungswaffen, sondern erlebte auch den Siegeszug der Demokratie, der sich in drei großen Wellen Bahn brach. Eine erste lange Welle, die ihre Wurzeln in der französischen und amerikanischen Revolution hatte und sich langsam verstärkend über das gesamte 19. Jahrhundert hinzog, erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg. Knapp 30 Demokratien hatten sich zu diesem Zeitpunkt etabliert (Huntington 1991: 17). Das Ende des Zweiten Weltkrieges löste mit einer zweiten Welle einen kurzen Demokratisierungsschub aus, der Westdeutschland, Österreich, Italien, Japan, das postkoloniale Indien und einige Länder Lateinamerikas erfasste. Die dritte Demokratisierungswelle begann Mitte der 70er Jahre in Südeuropa und setzte sich ab Ende dieses Jahrzehnts in Lateinamerika fort. Gleichsam der Mechanik eines „regionalen Dominoeffekts“ folgend, griff sie auch auf die ostasiatischen Länder Taiwan, Philippinen, Südkorea und Thailand über. Ihren Kulminationspunkt fand diese Entwicklung in dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa zwischen 1989 und 1991. Fast gleichzeitig brachen auch im subsaharischen Afrika zahlreiche autoritäre Regime zusammen, wenngleich sich hier der Demokratisierungsprozess als erratic und die jungen Demokratien als fragiler erweisen sollten. Resistent gegenüber der Demokratisierung blieben damit lediglich die Länder des arabisch-asiatischen Gürtels von Nordafrika über Vorder- und Mittelasien bis nach China und Nordkorea.

Forschungsagenda

Spätestens mit dem Epochenbruch der Jahre 1989-1991 ist die Transformation autoritärer und totalitärer politischer Systeme nicht nur zum beherrschenden Problem auf der politischen Agenda vieler Transformationsländer geworden, sondern avancierte auch zu einem der beherrschenden Themen der politikwissenschaftlichen Forschung. Nachdem sich die Diskussion in den siebziger Jahren im Rahmen der Autoritarismusforschung verstärkt auf die Gründe für das Scheitern von Demokratien konzentrierte (Linz/Stepan 1978), führte die dritte Welle zu einem Paradigmenwechsel in der sozialwissenschaftlichen Forschung, in dessen Gefolge eine bis heute anhaltende, intensive Auseinandersetzung über Ursachen, Verlaufsformen und Ergebnisse von Transformationsprozessen entstand.³ Während dabei zunächst der Auflösung und Ablösung autoritärer Regime das Hauptaugenmerk galt, wechselte mit dem vorläufigen Ende der dritten Welle (Diamond 1996) in den letzten Jahren zunehmend das Erkenntnisziel. Verstärkt rückten nun die Fragen nach Bedingungen, Voraussetzungen und Möglichkeiten langfristiger Stabilisierung und Entwicklung, kurz: die Frage nach der Konsolidierung schon bestehender Demokratien, in den Vordergrund.⁴

Begrifflichkeiten

Mit den konkreten Untersuchungen der Transformationsprozesse in Südeuropa, Lateinamerika, Ostasien und Osteuropa differenzierte sich auch das begriffliche Instrumentarium dieses prosperierenden Forschungszweiges aus.⁵ Von *System-* bzw. *Regimewandel* kann gesprochen werden, wenn sich grundlegende Funkti-

³ O'Donnell/Whitehead 1986, DiPalma 1990, Przeworski 1991, Rueschemeyer et al. 1992.

⁴ Pridham 1995, Linz/Stepan 1996, Gunther/Diamandouros/Puhle 1995, Merkel 1996a.

⁵ Zur Frage, was sich transformiert, ob Regierung, Regime, Staat oder politisches System, vgl. Lauth 2006; zu weiteren Begrifflichkeiten wie Liberalisierung, Konsolidierung s. die weiteren Ausführungen.

onsweisen und Strukturen eines Systems zu verändern beginnen. Ein solcher Veränderungsprozess verläuft evolutionär, d.h. allmählich und nicht abrupt. Offen bleibt zunächst, ob dieser Prozess des Wandels zu einem anderen Systemtypus führt. Ist dies der Fall, können wir ex post dann von einem vollzogenen Systemwechsel sprechen. Denkbar ist aber auch, dass der Wandlungsprozess nach Ausschaltung externer und interner Störfaktoren wieder zu einem relativ stabilen Gleichgewicht desselben Systemtypus zurückführt. Die Begriffe *System-* bzw. *Regimewechsel* stehen für Transformationsprozesse, die definitiv zu einem anderen System oder Regimetypus führen (Merkel 1999: 74ff.). Dabei können evolutionäre oder reforminduzierte Wandlungstendenzen Vorboten eines Systemwechsels sein. Im überwiegenden Teil der Transformationsliteratur werden unter Systemwechsel aber vor allem „zeitlich dramatisierte“ Übergänge von einem zum anderen System verstanden. Der Begriff *Transition* etablierte sich Mitte der 80er Jahre (O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986) und wird fast ausschließlich benutzt, um den Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen zu bezeichnen. Der Begriff der *Transformation* schließlich besitzt keine spezifische Bedeutung, sondern wird als Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels benutzt (Sandschneider 1995: 38). Er schließt also System- und Regimewandel, System- und Regimewechsel oder Transition mit ein.

Im Folgenden skizzieren wir nach (1) der Präzisierung des Demokratiebegriffs (2) die unterschiedlichen Sichtweisen der grundlegenden Transformationstheorien darüber, welche Faktoren zur Demokratisierung beitragen. Anschließend präsentieren wir mit (3) den typischen Phasen eines Systemwechsels einige zentrale Erträge der empirischen Forschung.

1 Demokratiebegriff

Erstaunlicherweise hat in der neueren Transformationsforschung keine dezidierte Debatte über den Begriff der Demokratie selbst stattgefunden. Theoretische Reflexionen über einen geeigneten Demokratiebegriff fanden nur selten (Schmitter/Karl 1991; Collier/Levitsky 1997) oder am Rande statt. Implizit ist jedoch ein Wandel insofern eingetreten, als der *mainstream* sich nicht mehr nur am Polyarchiebegriff von Robert Dahl (1971; 1989) orientiert, sondern zunehmend die Dimension des Rechts- und Verfassungsstaates einbezieht (stellvertretend: Merkel et al. 2003; Thiery 2001; O'Donnell 1998).

Keine dezidierte Debatte über Demokratiebegriff

Die vergleichende empirische Demokratieforschung hat sich zu Recht um einen Demokratiebegriff bemüht, der einerseits sparsam ist, andererseits aber den normativen Gehalt einer (liberalen) Demokratie zu bewahren sucht. Allerdings gibt es einen merklichen Bruch zwischen der amerikanischen und der kontinentaleuropäischen Demokratiekonzeption, die sich letztlich auch in den unterschiedlichen Strategien des „Demokratieexports“ niederschlägt. Die amerikanische Konzeption, die lange Zeit auch den *mainstream* der Forschung prägte, verwendet einen prozeduralen, an institutionellen Minimalkriterien orientierten Demokratiebegriff, der mit dem Dahl'schen Polyarchie-Konzept identisch ist und sich im wesentlichen auf Wahlen und politische Freiheitsrechte konzentriert (Dahl 1971; 1989). Während Dahl und seine Nachfolger damit fast ausschließlich alleine die Dimension der vertikalen Herrschaftskontrolle und -legitimation politischer Herrschaft fokussieren, geht die konkurrierende Konzeption davon aus, dass zur Analyse von Demokratie als moderner Form politischer Ordnung zwei weitere Dimensionen –

Zwei konkurrierende Demokratiekonzepte

die Dimension der politischen Agendakontrolle („effektive Regierungsgewalt“) sowie die Dimension des liberalen Rechts- und Verfassungsstaats in die Konzeption von Demokratie einzuschließen sind (Lauth 1997; Merkel 1999; Croissant/Thiery 2000; Merkel/Puhle et al. 2003).

Anspruchsvoller
Demokratiebegriff

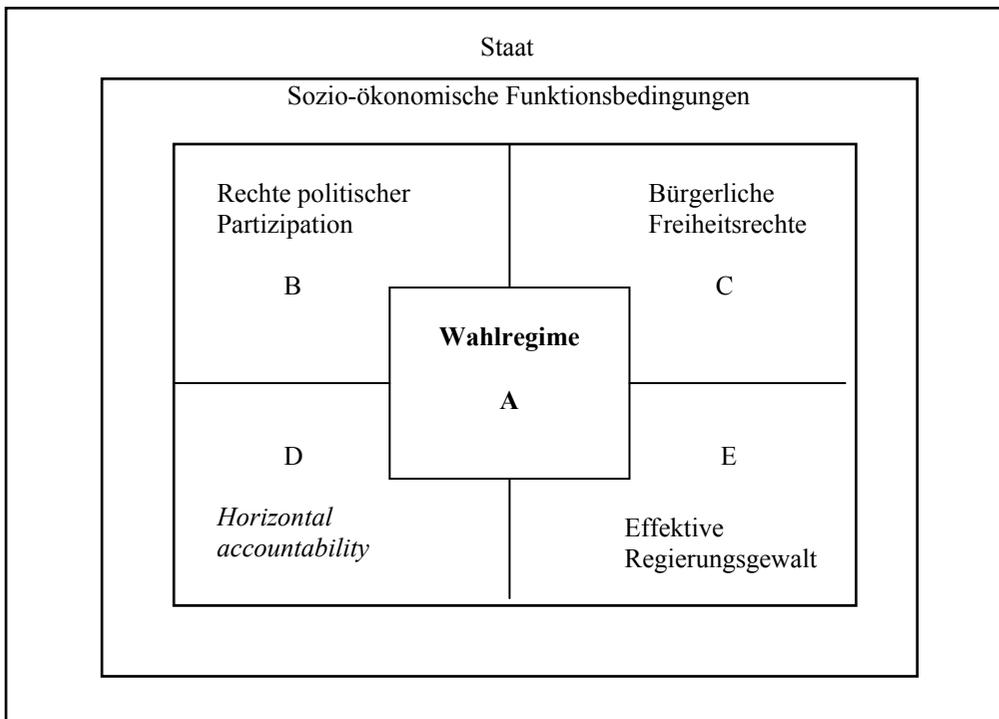
Die Begründung für einen solchen komplexeren Demokratiebegriff, der dennoch beansprucht, lediglich Minimal Kriterien im Sinne Dahls festzulegen, zielt im wesentlichen auf eine angemessene Deutung von Demokratie als Selbstregierung des Volkes. Angemessen bedeutet hier, dass zum einen die moderne Herrschaftsarchitektur – souveräner Territorialstaat, Repräsentationsprinzip, politische Öffentlichkeit – als *enabling constraint* zu berücksichtigen ist, was unter anderem eine Direktdemokratie athenischen Musters unmöglich macht. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen werden politische Entscheidungsprozesse nicht nur tendenziell komplexer, sondern sind auch von einer Vielzahl – zumindest potentieller – Machtquellen geprägt. Zum andern muss aber unter diesen Bedingungen die politische und private Selbstbestimmung (‘Freiheit’) aller Bürger (‘Gleichheit’) derart ermöglicht werden, dass diese sich im Prinzip auch als Autoren jenes Rechts verstehen können, dessen Adressaten sie sind (Habermas 1996). Dies erfordert neben gesicherten Freiheits- und Gleichheitsrechten grundsätzlich ein bestimmtes Maß an institutionalisierter Kontrolle der – vom einzelnen Bürger gewöhnlich nicht selbst direkt autorisierten – Herrschaftsakte, und das heißt sowohl der faktischen Herrschaftsträger wie auch der -inhalte (Lauth 2004).

Funktion der
Rechtsstaatlichkeit

Die rechtsstaatlichen Elemente stellen somit eine notwendige interne Einhegung jener Machtquellen dar, wie sie (potentiell) durch Polyarchie generiert werden. Aus dieser Sicht verkörpert Polyarchie gewissermaßen nur die Hälfte der Demokratie, indem sie demokratische Herrschaft als *bottom up*-Prozess konstruiert, nämlich die Wahl – und gegebenenfalls Abwahl – der Herrschaftsträger durch das Volk. Sie vernachlässigt jedoch die *top down*-Perspektive, also die Frage, ob die von den gewählten Herrschaftsträgern – also den Regierungen – erlassenen Herrschaftsakte (Gesetze usw.) institutionell derart eingehegt und damit kontrollierbar sind, dass alle Bürger sich *im Prinzip* noch immer als Autoren des Rechts verstehen können, dessen Adressaten sie in der notwendigerweise repräsentativen Demokratie sind.

Embedded Democracy

Das bedeutet, dass Demokratie nur dann als politische Herrschaftsordnung tragfähig ist, wenn (a) die ‘vertikale’ Dimension von Volkssouveränität und Autonomie verwirklicht ist, d.h. wenn periodische Wahlen als Partizipationsinstrument zur Bestimmung der Repräsentanten und Herrschaftsträger gegeben sind; (b) eine öffentliche Arena zur Beeinflussung der Repräsentanten und Entscheidungsträger sich ausbilden kann, wofür politische Freiheits- und Kommunikationsrechte erforderlich sind; (c) grundsätzliche inhaltliche Barrieren gegen den Herrschaftsanspruch des Staates in Form nicht-hintergebarter ‘negativer’ Freiheitsrechte errichtet und rechtlich auch durchsetzbar sind; (d) die horizontale Dimension der Herrschaftskontrolle ausgeprägt ist, die einer Verselbständigung der arbeitsteilig organisierten Staatsgewalten entgegenwirkt und sie in ihrem Handeln an bestimmte Grundsätze bindet; (e) gewährleistet ist, dass die demokratisch gewählten Autoritäten auch tatsächlich die effektive Regierungsgewalt innehaben und darin nicht durch sich selbst legitimierende Machtgruppen beschnitten werden. Mithin ist Demokratie von ihrer Logik her ein Kürzel für den demokratischen Rechtsstaat und in diesem Sinne ‘liberale’ Demokratie. Diese Konzeption, bezeichnet als *embedded democracy* mit den skizzierten fünf ‘Teilregimen’, liegt auch den nachfolgenden empirischen Analysen zugrunde.

Abbildung 1: Embedded democracy

Auf zwei grundlegende Bedingungen, die ein solches ‚Regime‘ erst funktionsfähig machen, kann hier nur cursorisch eingegangen werden: grundlegende sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und Staatlichkeit. Mit grundlegenden sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen sind indes keine hohen Entwicklungsniveaus oder gar ausgefeilte sozialstaatliche Arrangements gemeint, wie wir sie aus Europa kennen. Länder wie Mali oder Bolivien zeigen, dass Demokratie auch ohne diese avancierten Rahmenbedingungen zumindest überleben kann, selbst wenn dieser Mangel ihre Qualität und Stabilität beeinträchtigt. Vielmehr ist damit gemeint, dass eine minimal differenzierte Wirtschafts- und Sozialstruktur vorliegen muss, die zumindest die Monopolisierung und Parallelisierung politischer und ökonomischer Machtverhältnisse obstruiert.

Weitaus virulenter ist nach 1989 allerdings das Problem der Staatlichkeit geworden. Als Paradebeispiel des Staatsversagens bzw. der ‚failing states‘ gilt zwar jene Region, die hier nicht behandelt wird, nämlich das subsaharische Afrika (Somalia, DR Kongo). In unterschiedlicher Ausprägung ist jedoch die Mehrheit der Demokratien der Dritten Welle davon betroffen – nicht nur Bürgerkriegsländer wie Kolumbien oder Sri Lanka. Eine intakte Staatlichkeit, das heißt in erster Linie ein souveräner und funktionsfähiger Territorialstaat, ist ihrerseits als zentrale Funktionsbedingung einer solchen Demokratie anzusehen (Habermas 1998: 96ff; Linz/Stepan 1996: 16ff). Sie ist deshalb von grundlegender Bedeutung, weil der Staat die Grundeinheit darstellt, auf die sich die demokratische Qualität eines politischen Regimes bezieht (Dahl 1989: 207). Wo die Herrschaftsstruktur als solche nicht durchgängig und institutionell gesichert ist, kann Demokratie nicht oder nur partiell bestehen. Dies gilt in besonderem Maße für die bereits genannten *failed states* und für Bürgerkriegsländer wie Kolumbien, in denen das staatliche Gewaltmonopol nicht mehr existiert oder von konkurrierenden Gruppierungen erfolgreich angefochten wird. Weiter verbreitet ist allerdings das Phänomen der partiell ausgehöhlten Staatlichkeit in Ländern, in denen die Regierung Recht und

Staatlichkeit – die Achillesferse junger Demokratien

Gesetz nicht in allen Landesteilen oder gegenüber allen Bevölkerungsgruppen durchsetzen kann. Hierzu gehört auch die unzureichende Funktionalität und Kontrolle des Staatsapparates sowie insbesondere die Kapitulation vor organisierter Kriminalität. Im Verbund mit grassierender Korruption haben sich in zahlreichen Ländern dadurch Parallelstrukturen neben oder mit Teilen des Staatsapparates entwickelt, die zunehmend das Funktionieren der jungen Demokratien untergraben haben.

Defekte Demokratien

Die Transitionsforschung hat seit den 90er Jahren zunehmend auf die schon ange deuteten Entwicklungen reagiert, die in zahlreichen jungen Demokratien auf starke Defizite in der Erfüllung der Demokratie kriterien hinwiesen. Mit Stichworten wie ‚Defekte Demokratien‘, ‚hybride Regime‘, ‚*democracies with adjectives*‘ und anderen Begriffen wurde klarer zu fassen versucht, dass auf dem Kontinuum zwischen ‚idealen‘ totalitären und demokratischen Ordnungen Grauzonen vorkommen (Karl 1995; O’Donnell 1998; Puhle 1999; Bendel/Croissant/Rüb 2002).

Definition ‚Defekte Demokratien‘

Ausgehend vom Konzept der *embedded democracy* werden solche Regime als defekte Demokratien behandelt und damit als ‚*diminished subtypes*‘ (Collier/Levitsky 1997) von Demokratie⁶. Es handelt sich um politische Regime, in denen die wechselseitige Einbettung der genannten Teilregime und damit die Logik des demokratischen Spiels verzerrt ist. Sie erfüllen die oben skizzierten Kriterien nicht alle in hinreichendem Maße, ohne aber einer autoritären Regimelogik zu folgen. Defekte Demokratien werden von uns demnach definiert als Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.

Anhand dieser Kriterien kann zunächst eine genauere Abgrenzung zu liberalen Demokratien vorgenommen werden. Defekte Demokratien sind demnach durch eines oder mehrere der folgenden Merkmale gekennzeichnet:

1. Das Wahlregime ist in Teilen außer Kraft gesetzt, was die Prinzipien der Volkssouveränität, der Freiheit, Gleichheit und (vertikalen) Kontrolle verletzt. Wir gehen somit davon aus, dass ein ‚bedeutsames‘ und ‚wirkungsvolles‘ Wahlregime auch dann noch vorliegen kann, wenn ein Teil der Kriterien nicht vollständig erfüllt ist. So erachten wir es als noch funktionsfähig, wenn einige (wenige) Parteien von den Wahlen ausgeschlossen sind (wie früher oft kommunistische Parteien in einigen Ländern Lateinamerikas und Asiens), im übrigen aber ein kompetitiver und fairer Wahlprozess gewährleistet ist. Gleichwohl dürfen diese Einschränkungen – wie unten in Abgrenzung zu autoritären Regimen gezeigt wird – eine bestimmte Schwelle nicht unterschreiten, um nicht zu einer Spielart autoritärer Regime zu degenerieren (wie etwa Südafrika während der Apartheid). Gleichzeitig ist aber auch zu berücksichtigen, dass eine Fülle kleinerer Einschränkungen zu einem großen Defekt des Teilregimes kumulieren kann, wie dies etwa im Umfeld der peruanischen Wahlen im April 2000 zu beobachten war. Ähnliches

⁶ Als *diminished subtypes* stellen sie Demokratien niedriger oder auch sehr niedriger Qualität dar, in denen die Wirksamkeit der Institutionen eingeschränkt, aber nicht aufgehoben ist. Da sie gleichwohl auf dem polaren Kontinuum der Regimetypen zu verorten sind, ist es notwendig, einigermaßen klare Schwellen (*thresholds*) zu bestimmen.

gilt selbstverständlich für die Qualität des Gesamtregimes: Ein defektes Wahlregime wirkt sich um so gravierender aus, je weniger die Einbettung durch die übrigen Teilregime funktioniert; dies unterscheidet etwa das Südafrika der Apartheid von der Schweiz bis 1971.

2. Die öffentliche Arena (Teilregime B) ist massiven Behinderungen seitens der Herrschaftsträger oder anderer Machtgruppen ausgesetzt, so dass der politische Prozess in deren Sinne ausgerichtet und deformiert wird. Wesentliche politische Freiheiten (Formulieren und Geltendmachen von Präferenzen) sowie die 'weichen' Formen der Herrschaftskontrolle kommen so nicht unbehindert zum Zuge.

3. Die bürgerlichen Freiheitsrechte werden absichtsvoll eingeschränkt bzw. nicht hinreichend um- oder durchgesetzt. Dies unterminiert den Kern persönlicher Selbstbestimmung und mit ihm die Grundlage politischer Selbstbestimmung, indem die Reichweite der Herrschaft überdehnt wird, nicht klar definiert ist oder faktisch rechtliche Ungleichheit geschaffen wird. Daraus resultiert eine *low intensity citizenship* (O'Donnell 1994).

4. Die horizontale Verantwortlichkeit der Herrschaftsträger ist zugunsten einer der drei Gewalten – in der Regel der Exekutive – außer Kraft gesetzt. Das dadurch entstehende Machtpotential verlagert sich auf eine Gewalt und reißt die Kontrollkette auseinander, die in repräsentativen Systemen zur Sicherung von Volkssouveränität und Selbstbestimmung notwendig ist.

5. Relevante politische Materien sind der Verfügungsgewalt der gewählten Amtsträger entzogen – sei es faktisch oder per Verfassung. Dies bedeutet, dass demokratisch nicht legitimierte Mächte die Kontrolle über diese Bereiche wirkungsvoll in Anspruch nehmen und so den (demokratischen) Regierungen die Grenzen politischen Handelns diktieren können.

Eine hinreichend klare Abgrenzung zwischen defekten und funktionierenden Demokratien ist somit bereits dann möglich, wenn signifikante Defekte in nur einem der Teilregime nachgewiesen werden können. Je nach dem Grad der Beschädigung der Teilsysteme unterscheiden wir vier⁷ Subtypen defekter Demokratie:

Tabelle 1: Typen defekter Demokratien

<i>Beschädigtes Teilregime</i>	<i>Beschädigte Dimension</i>	<i>Typ</i>
A und B	Vertikale Legitimations- und Kontrolldimension	Exklusive Demokratie
C	Rechtsstaat	Illiberale Demokratie
D	Horizontale Kontrolldimension	Delegative Demokratie
E	Effektive Herrschaftsgewalt	Enklavendemokratie

⁷ Damit modifizieren wir leicht die Dreiertypologie von Merkel/Croissant (2000), wo noch von drei Subtypen ausgegangen wurde, da dort die illiberale Demokratie noch einmal in die beiden Subtypen „delegative Demokratie“ und „antiliberaler Demokratie“ unterteilt wurde.